

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/254 - 3. November 1956

Hinweise

auf den Inhalt:

Zur Lage in der Zone	S. 1
Endspurt im USA-Wahlkampf	S. 3
Mummenschanz der 'Vaterländischen Jugend- verbände'	S. 5
Stimme zur Wiedervereinigung	S. 7

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 806 299

Grotewohl auf verlorenen Posten

E.Z., Berlin

Als am Freitag auf der Bühne des 'Zonenparlaments' die bereits für die vorige Woche angesetzte, dann aber überraschend abgesagte 'Volkskammersitzung' abrollte, war allen Beobachtern klar, dass die Pankower Regierung einige neue dialektische Kunststücke vorführen würde, um über die Auswirkungen der Ereignisse in Polen und Ungarn auf die Bevölkerung der Zone und nicht zuletzt auch bis tief in die Funktionärskader der SED hinwegzutäuschen. Eine Woche hatten Ulbricht und Grotewohl Zeit, um ihre Taschenspielertricks auszudenken und mit den Moskauer 'Freunden' abzusprechen. Dass Grotewohl mit seiner Regierungserklärung aber auch diesmal nicht die Bestürzung und die Unsicherheit des Pankower Regimes tarnen konnte, die sich von Tag zu Tag infolge der immer deutlicher werdenden Spannungen in den sowjetzonalen Grossbetrieben und vor allem auch unter der Studentenschaft verstärken, bewiesen seine geradezu beschwörenden Aufforderungen zur Ruhe.

Als der SED-Regierungschef an die Treue der Bevölkerung zum Regime Pankows appellierte und sich zu der Erklärung erdreistete, der Pankower Staat gehöre an die Seite der Sowjetunion, deren Truppen in der Zone 'die schöpferische Arbeit des sozialistischen Aufbaus vor der Raub- und Gewaltpolitik der Aggressoren Westdeutschlands schützen müsse', zeigte er, wie sehr sich Pankow in seiner klaren Erkenntnis, dass die Ereignisse in Polen und Ungarn auch sein eigenes Regime dicht an den Abgrund herangeführt haben, selbst gegen die kleinsten politischen Zugeständnisse im

Sinne eines beginnenden Abbaus der Diktatur versperret. Grotewohls Erklärung vor der 'Volkskammer' war trotz ihres teilweise demonstrativ selbstbewussten Tones ein Beweis dafür, wie sehr das Pankower Regime abgewirtschaftet ist.

Im Gegensatz zu der vorgetäuschten Stärke stehen Wendungen Grotewohls, in denen er von dem 'grossen Schrecken der letzten Wochen' sprach und die Zonenbevölkerung beschwor, nicht gegeneinander, sondern miteinander zu arbeiten.

Grotewohl musste vor seiner 'Volkskammer' indirekt die ungeheueren Schwierigkeiten und den Aufruhr der Arbeiterschaft in den Betrieben zugeben, als er die unerbittlichen Forderungen der Arbeiter nach einer Kontrolle der Betriebe durch die Belegschaften zugab. Seine Behauptung, dass die Regierung auf dem Wege der Demokratisierung fortschreiten werde, dürfte unter den Werktätigen der Zone nur mit bitterem Hohngelächter aufgenommen werden. Grotewohls dringender Appell, die Diskussionen doch in Ruhe durchzuführen, enthüllt, wie sehr den SED-Funktionären in den Betrieben die Herrschaft aus der Hand gegliitten ist.

Der neue Versuch Pankows, sich vor jenen Konsequenzen zu drücken, die die Arbeiter Polens und Ungarns aus den zehnjährigen Erfahrungen mit dem Arbeiter- und Bauernstaat nach Sowjetmuster gezogen haben, gewinnt durch die lügnerischen Eskapaden Grotewohls keineswegs an Erfolgchancen. Mit der Erklärung, die Demokratisierung der DDR habe seit dem 17. Juni 1953 grosse Fortschritte gemacht, muss indes der SED-Regierungschef die gerade heute wieder starke Kraft zugeben, die von diesem denkwürdigen Tag des Kampfes der Arbeiter gegen das Regime ausgeht. Darin zeigt sich erneut die hoffnungslose Zwangslage des Pankower Staates. Mit der Behauptung aber, dass im Zonenstaat die von anderen Volksdemokratien begangenen Fehler vermieden worden seien und dass daher keine wesentlichen Neuerungen notwendig seien, der konsequente Kurs Pankows dadurch vielmehr als richtig bestätigt worden sei, hat sich Grotewohl eindeutig auf das Gebiet einer neuen, brutalen Kampf-ansage an die Arbeiterschaft begeben.

Die Bevölkerung wird auch diese neue Aggression der Pankower Machthaber zu beantworten wissen, nicht auf der Strasse, sondern in den Betrieben, wo die Entscheidung über die materielle Basis des Pankower Staates in ihrer Hand liegt.

Eine ungelegene Wahl

O.L. New York, Anfang Nov.

Man muss nur einen Blick auf die ersten Seiten der amerikanischen Zeitungen werfen, um zu erkennen, wie "ungelegen" die Präsidentenwahl am 6. November kommt. Die Welt ist aus den Fugen und die aufregten und aufregenden Schlagzeilen der Zeitungen zeigen dies. Wer interessiert sich da noch für die Präsidentenwahl? Sie wird gewissermassen aus einer Art Anstands- oder Schamgefühl noch auf der ersten Seite berichtet, aber Ungarn, Polen, und nun das Gespenst des Krieges in Palästina und Ägypten stehen im Vordergrund: es ist viel mehr als dass von der politischen Leidenschaft, die sich sonst um diese Tage auf die Präsidentenwahl konzentriert, für diese noch etwas übrig bliebe.

Die Ereignisse in Polen und Ungarn sind für die amerikanischen Wähler um so aufregender als in dem bunten Gemisch von Einwanderern oder solchen, die von Emigranten direkt oder in zweiter oder dritter Generation abstammen, Nachrichten aus dem "alten Land", wie man hier die Herkunftsländer auch der Grosseltern nennt, immer leidenschaftliche Anteilnahme wecken. Im allgemeinen hat der heroische Widerstand der Polen und Ungarn Eisenhowers Chancen verstärkt - wahrscheinlich nach der alten politischen Faustregel, dass günstige Ereignisse gerade der Regierung zugutekommen, die am Rufer ist.

Äussere Spannung

Ganz anders dürfte es mit der tragischen Zuspitzung in Palästina sein. Nicht nur dass die jüdischen Stimmen in New York City, in Chicago, zum Teil auch in anderen städtischen Zentren wie Philadelphia oder Cleveland grossen Einfluss auf den Wahlausgang haben können - in New York zum Beispiel diesmal auf die Besetzung eines Sitzes im Senat und damit vielleicht auf die zukünftige Mehrheit in dieser Körperschaft -, die tragische Zuspitzung im Nahen Osten hat im Hinblick auf die bisherigen Auseinandersetzungen in diesem Wahlkampf noch eine andere Bedeutung. Eisenhower hat im wesentlichen den Wahlkampf damit bestritten, dass er den Amerikanern sagte, es sei alles in bester Ordnung, es herrsche "Peace and Prosperity" (Friede und Wohlstand). Eisenhowers Lächeln war das Symbol der allgemeinen Zufriedenheit. Immer wieder bemühte sich Stevenson den Amerikanern zu beweisen, dass das Lächeln des Präsidenten nicht begründet, nicht echt sei. Aber manche Tatsachen schienen gegen Stevenson zu sprechen.

Suez? Verlust an amerikanischen Prestige? Hohe Lebenshaltungskosten wie noch nie? Massenkrise unter den kleinen Farmern? Eisenhower schien all das zu widerlegen. Vor allem: er hatte den Krieg in Korea beendet und seither den Ausbruch eines neuen Krieges verhindert. Aber nun, wenige Tage vor der Wahl, die Bombe in Palästina ... Ob die amerikanischen Wähler nun ihre Meinungen revidieren oder ob vielleicht ihr nicht allzu tief schlummerndes Unsicherheitsgefühl hervorbrechen wird, ist eine Frage, die erst nach dem Wahltag beantwortet werden wird. Es ist auch durchaus möglich, dass diejenigen, die dem offenbar sehr weit verbreiteten Zauber von Eisenhowers Vater - manche sagen: Grossvater-Persönlichkeit verfallen sind, sich sagen werden: in einer so kritischen Situation ist der General erst recht notwendig, während andere über die Irreführung, die die Republikaner in diesem Wahlkampf gegenüber dem amerikanischen Volk begingen, entrüstet, nun den Mann wählen werden, der sich als weitsichtiger und in der Beurteilung der allgemeinen Lage und ihrer Gefahren als realistischer

3. 11. 1956

erwiesen hat. Ob zu dieser Überprüfung noch genügend Zeit bis zum Wahltag bleibt?

Demokratische Parlamentsmehrheit mit oder ohne Eisenhower?

Es mag nicht unwichtig sein, dass die amerikanischen Wähler offenbar nichts von der seit der grossen Wirtschaftskrise der Dreissiger Jahre allgemein gewordenen Misstrauen gegen die Republikaner aufgegeben haben. So gross die Popularität Eisenhowers als Person und Präsident ist, so gross ist die Unpopularität der Republikaner geblieben. Die Aussichten der Republikaner, neben der Präsidentschaft auch die Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments zu erreichen, wird von allen politischen Beobachtern als sehr zweifelhaft bezeichnet. Obwohl es gelegentlich, wenn auch nicht allzu oft geschehen ist, dass bei Wahlen in der Halbzeit des Präsidenten der im Weissen Haus herrschenden Partei die Mehrheit verlorenging - dies war auch 1954, bei den ersten Wahlen nach dem Sieg Eisenhowers der Fall -, so ist bisher noch niemals in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen geschehen, dass ein Präsident gewählt wurde, der nicht eine Mehrheit seiner Partei in das Abgeordnetenhaus und den Senat mitgetragen hätte. Diesmal wird es für nicht nur möglich, sondern von vielen für wahrscheinlich gehalten, dass Eisenhower, auch wenn er gewählt wird, nicht imstande sein wird, demokratische Mehrheiten in beiden Häusern zu verhindern. Dies wäre nicht nur eine Erschwerung der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Präsident, sondern auch ein Zeichen, dass die republikaner als Partei in schwerster Krise sind: wenn sie nicht einmal mit Eisenhower ihre Kandidaten durchbringen können, dann haben sie ohne Eisenhower überhaupt keine Aussicht...

Personen und Parteien

So läuft die politische Entscheidung auf folgende Möglichkeiten hinaus: entweder der populäre Präsidentschaftskandidat zieht die unpopuläre Partei auf seinen "Rockschössen" mit, oder die populärere der beiden Parteien, die Demokraten, gewinnen die Parlamentsmehrheit und mit der Partei siegt auch der Parteikandidat - oder eine so grosse Zahl der Amerikaner wählt den populären Mann, aber misstraut seiner Partei so sehr, dass die Wähler ein "geniechtes" politisches System - eine Partei im Weissen Haus und die andere im Kongress - vorziehen.

Die Macht des amerikanischen Präsidenten ist besonders in einer schwankenden Welt wie der gegenwärtigen so gross, dass von der Person und von der Auswahl der führenden Männer im amerikanischen Kabinett nur allzuviel abhängen. Wie sehr die persönlichen Eigenschaften der beiden Männer, die im Kampf um die Präsidentschaft stehen, wie sehr die Befürchtung, dass insbesondere bei einem Sieg Eisenhowers sein Vizepräsident Nixon die Macht der Präsidentschaft in seiner Hand vereinigen könnte, die Entscheidung im letzten Augenblick beeinflussen werden, ist gerade angesichts der sich rasch verändernden Situation in diesem Wahlkampf schwer vorauszusagen.

Es besteht jedoch kein Zweifel, dass die Massen der Arbeiter, der Neger und der Farmer in vielen Teilen Amerikas ebenso zu Stevenson stehen werden wie 1952. Bleibt die Frage, ob dieser Stärkezuachs gross genug sein wird, um Stevenson ins Weisse Haus zu bringen.

Demokratie - gestiefelt und gespornt

dt., Bückeburg

Dass es heutzutage nicht leicht ist, eine "wehrfreudige" Jugend zu finden, hat sich allmählich herumgesprochen. Dass die dafür bezahlten Organe manches tun, um dem abzuhelpen, ist verständlich. Nicht verständlich ist, was die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise, (AdK), ein mit Bundesgeld ausgestaffiertes Unternehmen, kürzlich in Bückeburg tat: sie finanzierte eine Bundestagung der "unabhängigen vaterländischen Jugendverbände", um, wie der Leiter der Tagung, "Bundesführer" (der Kyffhäuserjugend), Herbert Schmidt, selbst zugab, "ihre Redner anzubringen." Das musste ein Debakel geben, und es blieb auch nicht aus: am zweiten Tag der Zusammenkunft wurde die Harmonie der AdK - "Vaterländische" unanft durch einen vom Bundesinnenminister beauftragten Kriminalrat gestört, der dem Versammlungsleiter mitteilte, dass hier nicht erlaubte Uniformen getragen würden und dass die Polizei einschreiten müsste, wenn diese Uniformen noch einmal durch Bückeburg spazieren getragen würden.

Es war ein Mummenschanz, wie man ihn von Stahlhelmtagungen gewöhnt ist, mit dem Unterschied freilich, dass der Stahlhelm seine karnevalistischen Umzüge selbst bezahlt. Hier, in der Jugendherberge zu Bückeburg, versammelten sich sozusagen auf Staatskosten die Vertreter von Jugendorganisationen, mit denen der Bundesjugendring nichts zu tun haben will. Nach ihren eigenen Angaben haben diese Organisationen rund 9000 Mitglieder, und zwar die "Deutsche Jugend im Verband deutscher Soldaten" (hat der VdS auch eine australische Jugend?), die Stahlhelmjugend, das Deutsche Jugendkorps, die Kyffhäuserjugend und der den Kyffhäusern angeschlossene "Jungsturm", dessen Vertreter besonders hoch an Jahren waren, Rund 100 Teilnehmer wurden gezählt, davon etwa 60 offizielle Delegierte. Entsprechend der schillernden Präsenzliste schillerte auch die Uniform (etwa die Hälfte der Delegierten): Breeches, schwarz oder feidgrau, Schaftstiefel, grau oder blaue Hemdblusen, schwarze oder schwarzweisse Halstücher mit Lederknoten, Armbinden, H'Dolche mit herausgebrochenen Hakerkreuzen und Rangabzeichen; vom "Gauführer" bis zum "Bundesführer" lauter "Führer", mitunter mehr als 60 Jahre alt, mitunter betont zivil.

Die "Vaterländischen" sind natürlich nicht zusammengekommen, um sich die AdK-Redner anzuhören, vielmehr plagt sie etwas anderes: sie erhalten aus dem Bundesjugendplan keine Zuwendungen, weil sie der Bundesjugendring mit der Begründung ablehnt, sie seien

soldatische Verbände. Um an den Bundesjugendplan-Geldern auch teilnehmen zu können, wollten die "Vaterländischen" nun vor berufener Demokraten, nämlich den AdK-Männern, beweisen, dass sie nicht "soldatisch", sondern gut demokratisch seien, zu welchem Behufe man "gestiefelt und gesporrt" nach Bückeburg kam. Es gab auf gut Demokratisch einen Offizier vom Dienst, eine Ordonnanz, zackige Haltung, Zucht genannt, und was sonst dazugehört. "Lasst sie doch", sagte in der Diskussion ein ziemlich bejahrter "Jungstürmer", selber in Zivil, "wenn sie in Stiefeln laufen wollen, ein gesunder Junge will eben unter die Zucht."

Am ersten Tag legten demnach die "Vaterländischen" ihr demokratisches Bekenntnis in ihrem Jargon ab. Eine kleine Blätterlese sieht so aus: "Nach Ostland wollen wir wieder reiten", "die Demokratie, die sich heute breitmacht, ist nicht unsere Lebensform"; "das Soldatische setzt eben die Disziplin und Unterordnung voraus"; "wie kommt es, dass der soldatische Mensch sich für sein Vaterland einsetzt"; "die Parteien heute vertreten nur ihre Interessen, nicht die des Volkes", usw.usw. Den 20. Juli wollte man meiden ("Wir sind unpolitisch"), aber es misslang. Die Argumentation war dann bei den älteren - und fast nur sie kamen zu Wort - wie gehabt. Der Wahrheit wegen sei gesagt, dass ein uniformierter Jugendlicher die Männer des 20. Juli in Schutz nahm ("Sie haben nach ihrem Gewissen gehandelt").

Als am zweiten Tag die AdK "ihre Redner anbringen" konnte, ergaben sich ähnliche Diskussionen, die nur durch den vom Bundesinnenminister entsandten Kriminalrat unterbrochen wurden. "Von der hiesigen Polizei haben Sie nichts zu fürchten, die kenne ich", tröstete ein AdK-Mann, der gleichzeitig mitteilte, dass er zur Bundeswehr gegangen sei. Dann klärte dieser wehrhafte Propagandist der Demokratie die Anwesenden auf: "Als gestern der Rundfunkreporter die Kyffhäuser-Führer fragte, warum sie die Schlacht an der Marne in ihrem Gedenk-Kalender haben, aber nicht auch die auf den gleichen Tag fallende Verkündung des Grundgesetzes, da habe ich gleich gewusst, woher der Wind weht."

Die vaterländische Demokratisierung scheint trotzdem gute Fortschritte gemacht zu haben: im Frühjahr, so kündigte "Bundesführer" Schmidt an, werde die Bundeszentrale für Heimatdienst in Süddeutschland eine ähnliche Tagung organisieren.

Die Suche nach der realistischen Formel

"Wir müssen mit einer Fülle von Schlagworten, von unklaren oder falschen Vorstellungen, von Illusionen und von Tabus aufräumen. Wir dürfen uns nicht scheuen, alle Dinge bei ihrem Namen zu nennen. Nur auf dieser Grundlage wird sich eine realistische Formel für die Wiedervereinigung entwickeln lassen, das heißt eine Formel, die Aussicht auf Annahme durch alle Beteiligten hat. Damit kann nicht früh genug begonnen werden".

"Man kann also jetzt erst, endlich wieder beginnen, Politik zu machen. Das, was in der deutschen Frage bisher dafür galt, im wesentlichen also der Eden-Plan für freie Wahlen, war genau genommen so wenig Politik, wie sie irgendwo sonst zu entdecken war, sondern eine Kapitulationsaufforderung."

"Sobald man mit den Russen endlich über die deutsche Frage zu reden beginnt, dürfte sich, von einigen Grundbedingungen abgesehen, der relative Charakter der Forderungen zeigen, die Moskau hier angemeldet hat. Die sowjetischen Positionen sind den gleichen Wandlungen unterworfen wie das Verhältnis zwischen Moskau und Washington, und nur wenig davon wird sich als unabänderlich erweisen. Dazu gehört auch die These, dass der einzige Weg zur Wiedervereinigung über Pankow führe."

"Ebenso falsch wie die These, unseren Freunden, den Westmächten, liege die Wiedervereinigung genau so am Herzen wie uns selbst, ist in dieser Simplifizierung die Gegenthese, die Sowjetunion, unser Feind, tue alles, um sie zu verweigern. Niemand hat je wirklich die Probe auf dieses Exempel gemacht. Was man sagen kann ist nur, dass Moskau die Wiedervereinigung zu Bedingungen verweigert hat, von denen von vornherein klar war, dass es sie nicht annehmen konnte."

(Sätze aus einer Darstellung von Problemen der deutschen Wiedervereinigung, die Richard Thierius unter der Überschrift "Beseitigung politischer Tabus" im Oktober-Heft der international angesehenen Zeitschrift "Aussenpolitik" veröffentlicht hat.)

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau